

II-3753 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 6. Nov. 1974 No. 1840/J

Anfrage

der Abg. Dr. Scrinzi

und Genossen

an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend Maßnahmen gegen zunehmende Bleivergiftung
in Großstädten.

Die vom Hygieneinstitut der Universität Wien jüngst durchgeführte Untersuchung über den Stand der Bleivergiftung in Großstädten hat die alarmierende Erkenntnis bestätigt, daß vor allem in Ballungszentren die Menschen bereits weitgehend an Bleivergiftung leiden. Bei den wissenschaftlichen Untersuchungen, die an 600 Personen, die beruflich besonders stark im Straßenverkehr tätig sind, vom Hygieneinstitut angestellt wurden, wurde festgestellt, daß allein 400 davon bleivergiftet sind. Die Folgen dieser Vergiftungen sind u.a. Störungen des Knochenstoffwechsels und Schädigungen von Muskeln und Nerven. Dieses Ergebnis trifft mit geringen Einschränkungen auf die Großstadtbevölkerung ganz allgemein zu.

Seit langem ist bekannt, daß ca. 850 Tonnen Blei pro Jahr in leicht atembarer Form in ganz Österreich in die Luft gelangen. Da sich Blei im Körper des Menschen speichert, ist es dringend notwendig, die Bleikonzentrationen, die vor allem im Benzin zu finden sind, weiter herabzusetzen. Vom Standpunkt der Volksgesundheit aus wäre es jedenfalls unverantwortlich, hier länger tatenlos zuzusehen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz die

Anfrage:

- 1) Was haben Sie bisher zur Bekämpfung der seit langem bekannten Gefahr, die durch das Freiwerden des Schwermetalls

-2-

Blei der Bevölkerung droht, unternommen?

2) Inwieweit ist die medizinische Betreuung von bereits bleivergifteten Patienten gewährleistet?

3) Welche Maßnahmen werden Sie vor allem aufgrund des vorliegenden Untersuchungsberichtes des Wiener Hygieneinstituts, daß 2/3 der Stadtbevölkerung bereits durch den Einfluß von Blei gesundheitsgestört sind, ergreifen?